

Stellungnahme im Rahmen der Konsultation des ersten Entwurfes des Netzentwicklungsplans Strom 2030

Die Stadt Rödental nimmt Stellung zum Netzentwicklungsplan Strom 2030 und erhebt erhebliche Einwände gegen die Planungen für den Leitungsneubau für die Projekte P44 mod (Schalkau – Redwitz) und P44 (Altenfeld - Grafenrheinfeld):

1) Mangelhafte Information über das laufende Anhörungsverfahren und die Möglichkeit der Stellungnahme / Verfahrensfehler

Die Erstellung der Netzentwicklungspläne stellt einen wesentlichen Verfahrensschritt im Gesamtverfahren dar. Es handelt sich um eine Art Frühwarnsystem, um schon zu Beginn des Prozesses potentielle Konflikte mit den berechtigten Schutzbelangen von Mensch und Natur zu identifizieren und in der Folge möglichst wirksam zu verringern oder am besten ganz zu vermeiden.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Organisationen umfassend über die geplanten Vorhaben informiert werden. Nur so kann gewährleistet werden, alle potentiellen Konflikte im Verfahren zu berücksichtigen.

Alle verfügbaren Unterlagen wurden ins Internet eingestellt. Die aktive umfassende Information über das Verfahren und dessen Bedeutung sowie über die möglichen Auswirkungen ist jedoch nicht im erforderlichen Umfang erfolgt. Es wäre notwendig gewesen, die von den Korridoren betroffene Öffentlichkeit über geeignete Maßnahmen zu informieren. Selbst auf die wenigen öffentlichen Veranstaltungen, wie die Informations- und Dialogveranstaltung am 14.02.2017 in Berlin, wurde nicht ordnungsgemäß hingewiesen. Eine Information über den Newsletter wäre einfach möglich gewesen. Da über die Veranstaltung nicht informiert wurde zeigt deutlich, dass eine Beteiligung am Konsultationsverfahren nicht gewünscht ist. Zudem war es nach unseren Erkenntnissen nur für 3 – 4 Tage möglich, sich anzumelden. Bereits

am 08.02.2017 war die Anmeldefrist abgelaufen. Damit verfehlt die Konsultation ihren Zweck.

Selbst bei aktiver Recherche durch die Öffentlichkeit sind die Unterlagen nicht so aufbereitet, dass der "Normalbürger" die für ihn wichtigen Informationen finden und auswerten kann. Bei wohl mehr als 1.000 veröffentlichten Seiten zum aktuellen Verfahren wäre eine wesentlich bessere Gliederung und Darstellung erforderlich. Es kann nicht erwartet werden, dass betroffene Personen die für sie ausschlag gebenden Passagen in den bereitgestellten Unterlagen finden können.

Auf Grund der Erfahrungen beim Netzausbau mit dem Neubau der 380-kV-Leitung Abschnitt Landesgrenze Bayern/Thüringen-Umspannwerk Redwitz a. d. Rodach einschließlich des teilweisen Rückbaus der 110-kV-Leitung Coburg – Redwitz a. d. Rodach weist die Stadt Rödental auf die mangelnde Transparenz sowohl im Verfahren bis zum Raumordnungsverfahren als auch im Planfeststellungsverfahren hin.

Diese mangelnde Transparenz wurde bereits in der Vergangenheit deutlich und von den Bürgerinnen und Bürgern kritisiert.

Insgesamt stellen wir fest, dass das Konsultationsverfahren nicht korrekt durchgeführt wird.

2) Fehlende energiewirtschaftliche Notwendigkeit der o. g. Maßnahmen

In den für die Planung herangezogenen Szenarien werden nach unserer Auffassung falsche Annahmen zu Grunde gelegt.

So könnte eine Änderung der Kosten für die CO₂-Zertifikate entscheidende Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit von Gaskraftwerken haben, die im Fall eines Betriebes in Bayern einen Netzausbau in der beabsichtigten Menge nicht erforderlich werden lassen.

Auch der zu erwartende technische Fortschritt hinsichtlich Speichertechnik und eine mögliche Reduzierung des künftigen Verbrauchs sind nach unserer Auffassung nur unzureichend berücksichtigt.

In den Szenarien wird dargelegt, dass der Stromexport bei der Ermittlung des notwendigen Netzausbaus mit Berücksichtigung findet. Der Bedarf an neuen Netzen müsste ohne die Einbeziehung des Stromexports erfolgen. In einer Abwägung muss den Schutzbelangen von Mensch und Natur immer Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen der Netz- oder Anlagenbetreiber eingeräumt werden.

Bereits heute sind zahlreiche neue Leitungen im Bau bzw. fertig gestellt, wie die Leitung Altenfeld – Redwitz. Ohne die Fertigstellung dieser Leitung vor Abschaltung des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld sollte die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet sein. Nun wurde dieses bereits vom Netz genommen, bevor die 380-kV Leitung Altenfeld – Redwitz in Betrieb gehen konnte.

Fakt ist jedoch, dass es trotz der prognostizierten Engpässe durch die Abschaltung von Atomkraftwerken in Süddeutschland zu keinen Versorgungsengpässen kam. Auch die von der Bundesnetzagentur immer wieder beschriebene Überlastung der bestehenden Netze führte zu keinen nennenswerten Vorfällen in Süddeutschland. Die Versorgungssicherheit hat also dadurch nicht gelitten. Es erschließt sich uns nicht, dass nun eine zusätzliche Leitung P44 Schalkau - Grafenrheinfeld bzw. P44 mod Schalkau – Redwitz wiederum mit der Versorgungssicherheit begründet werden kann, insbesondere vor dem Hintergrund, dass bislang noch nicht einmal die bereits installierten Systeme vollständig in Betrieb sind.

Außerdem wird durch die geplanten Gleichstromtrassen deutlich mehr Strom von Norden in den Süden geleitet, so dass ein zusätzlicher Ausbau von 380-kV-Netzen nicht erforderlich ist.

3) Ablehnung von Trassen mit Berührung zum Gebiet der Stadt Rödental

Sowohl für die Wechselstromleitung P44 mod als auch die P44 befinden sich Gebiete der Stadt Rödental im Suchkorridor.

Mit dem Bau der 380-kV Leitung Altenfeld – Redwitz direkt durch das Gebiet unserer Stadt Rödental wurden die Schutzgüter Mensch und Natur bereits deutlich über das zulässige Maß hinaus belastet. Sowohl im Raumordnungsverfahren als auch im

Planfeststellungsverfahren wurden Beeinträchtigungen attestiert, die nach unserer Auffassungen bereits zu einem negativen Ausgang des Planfeststellungsverfahrens hätten führen müssen.

Jede weitere, auch nur teilweise, zusätzliche Beeinträchtigung der Schutzgüter Mensch und Natur in Rödental durch neue Leitungsbauvorhaben ist keinesfalls zulässig und hinnehmbar.

In unzulässiger Weise wären insbesondere folgende Schutzgüter im Einzelnen betroffen:

- Schutzgut Mensch durch die kumulativen Belastungen durch gesundheits gefährdende bzw. stark belästigende Auswirkungen,
- Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt durch Eingriffe in FFH-Gebiete und Vogelschutzgebiete,
- Schutzgüter Boden und Landschaft durch weitere massive Eingriffe in die bereits durch zahlreiche überregionale Infrastrukturmaßnahmen extrem belastete Landschaft.

4) Weitere Argumente, die gegen die oben genannten Planungen sprechen:

- a) Die Stadt Rödental hat mit der Realisierung, der Inbetriebnahme der 380-kV-Leitung (Thüringer Strombrücke) und den damit verbundenen (gravierenden) Eingriffen in Natur- und Landschaft ihren Beitrag zur Energiewende Deutschlands geleistet.
- b) Die Stadt Rödental hat im Zuge der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit die beiden Projekte: ICE-Neubaustrecke Ebensfeld – Erfurt und die Autobahn A73 Nürnberg – Suhl in die Gesamtentwicklung des oberfränkischen Raumes sowie der länderübergreifenden Entwicklung Bayern/Thüringen eingebracht. Auch hier wurde in Natur und Landschaft in großem Umfang eingegriffen und für immer zerstört.
- c) Mit dem beabsichtigten Bau der Leitungen wird massiv in die Natur und das Landschaftsbild eingegriffen. Wie bei der bereits gebauten 380-kV-Leitung (Thüringer Strombrücke) wäre erneut eine Vielzahl von Schutzgebieten in und um Rödental betroffen. Ein angemessener Ausgleich kann nicht geschaffen werden! Gerade die mit sehr viel Zeitaufwand, Finanzmitteln und ehren amtlichem Engagement ausgearbeiteten Managementpläne für FFH-Schutzgebiete laufen somit ins Leere und stellen ihre Bedeutung für den Naturschutz in Frage.

- d) Die geplante Netzverstärkung durch die P44, Trassenverläufe und Netzausbauten würde die geplanten Entwicklungen der Stadt Rödentel, gerade auf den Gebieten: Wohn- und Gewerbeansiedlung, Sicherung und Erhaltung der vielfältigen Naturräume und Ausbau der Tourismusbranche erheblich beeinträchtigen, wenn nicht sogar stoppen! Die geplante interkommunale Zusammenarbeit mit der Nachbarkommune Dörfles-Esbach, für ein gemeinsames Gewerbegebiet an der A 73 wäre somit in Gefahr. Steuereinnahmen werden nicht generiert, Unterhaltsmaßnahmen, Investitionen und Entwicklungschancen können nicht umgesetzt werden.
- e) Bei der planfestgestellten und gebauten Trasse: 380-kV-Leitung (Thüringer Strombrücke) handelt es sich um keine „Bestandstrasse“. Eine Ertüchtigung, so die Planungsabsichten, ist aus technischen Gründen nicht möglich. Dies wurde im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung vom Netzbetreiber bestätigt. Ein Abriss wäre die Folge: Steuerverschwendung für die alle Kunden zahlen müssten!
- f) Infrastrukturprojekte der Deutschen Einheit sind von allen Landesteilen solidarisch zu tragen! Auch wenn eine Region wie Rödentel mit der ICE-Neubaustrecke Ebensfeld – Erfurt, der Autobahn A 73 Nürnberg – Suhl und der Umgehung Rödentel (B 4) von diesen Projekten teilweise profitiert, kann dies nicht als Argument einer Bündelung und somit zu weiteren Belastungen führen. Diese Belastungen sind nicht nur visueller Art, auch die Belastungen durch Flächenverbrauch und somit Entzug von wirtschaftlich notwendigen Flächen für unsere Landwirtschaft wären die Folge und hätten Konsequenzen. Wenn so viel Wert auf Bündelung gelegt wird, hätten viele Infrastrukturprojekte auf alte, bestehende Autobahnstrecken oder Eisenbahntrassen gebaut werden müssen.
- g) Die Stadt Rödentel hat in den vergangenen Jahrzehnten im Rahmen von Dorferneuerungsmaßnahmen mit Unterstützung privater Maßnahmen versucht, die Funktionsfähigkeit der Stadtteile aufrechtzuerhalten. Mit einer funktionierenden örtlichen Gemeinschaft, der Aufwertung des Ortsbildes sowie der Sanierung von Erschließungsleitungen konnte die Attraktivität erhalten und ausgebaut werden. Nur mit derartigen Maßnahmen kann dem demografischen Wandel entgegengetreten werden, nur so lässt sich die „Landflucht“ von jungen Menschen aufhalten. Die von der Bundesnetzagentur zusammen mit den Netzbetreibern ausgearbeiteten Trassenverläufe sind daher kontra produktiv zu unseren Anstrengungen, sie sind daher zu verwerfen!
- h) Derzeit erarbeitet die Stadt Rödentel im Rahmen eines durch den Bund geförderten Projektes „Klimaschutzteilkonzept – Fläche“ Lösungsansätze gegen den Leerstand von Wohnhäusern und Gaststätten in Rödentel. Alle Bemühungen, unsere Region attraktiv zu halten bzw. noch attraktiver zu machen, werden durch geplante Netzausbau-Maßnahmen in Frage gestellt.
- i) Mit einer möglichen Realisierung der Projekte werden weitere Flächen ihrer Nutzung entzogen. Folge davon wäre, dass gerade landwirtschaftliche

Betriebe entfernte Flächen ankaufen oder pachten müssten. Welchen Sinn diese Entwicklung mit der Energiewende, Ökologie und Ökonomie ergibt, erschließt sich uns aus den Planungen nicht und wäre betriebswirtschaftlicher Wahnsinn.

- j) Die bei einer möglichen Realisierung der P44 mod angedachte Lösung mit Abriss der gerade erst fertig gestellten 380-kV-Leitung (Thüringer Strombrücke), entfernen der Fundamente und Bau von größeren Fundamenten sind realitätsfremd, wirtschaftlicher und politischer Irrsinn. Auch die Aussagen der Netzbetreiber, dass die P44 mod ca. 130 km länger ist als die bisherige Planungslänge, lassen jedes Verständnis für derartige „Umplanungen“ vermissen. Derartige Entscheidungen lassen in der Bevölkerung, als Steuerzahler bzw. als Stromkunde, kein Verständnis für die Energiewende aufkommen.
- k) Der Alternativvorschlag, eine weitere, parallel-verlaufende Trasse zur 380-kV-Leitung (Thüringer Strombrücke) bauen zu wollen, wird kategorisch abgelehnt. Gerade im Bereich von Rödentaler Stadtteilen würde mit einer solchen Leitung der Abstand zur vorhandenen Wohnbebauung deutlich unterschritten. Somit nimmt auch die Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung zu!
- l) Nach den bisherigen Erfahrungen zur Energiewende (Abschalten der Atomkraftwerke, die Lichter gehen aus) geht die Stadt Rödental davon aus, dass die bisherigen Netzplanungen fehlerhaft und überdimensioniert waren. Ein speisen regenerativer Energie, Laufzeitverlängerung von Kohlekraftwerken, Zusicherung von Einspeisevergütungen, internationaler Stromhandel und nicht zu vergessen, die Gewinnmaximierung der vier großen Energieversorger generieren die Notwendigkeit der geplanten Leitungen. Mit derartigen Planungen wird die Akzeptanz der Energiewende in der Bevölkerung weiterhin schwinden.

Wir erwarten, dass die Einwendungen der Stadt Rödental im Rahmen der Konsultation des Netzentwicklungsplans 2030 Berücksichtigung finden. Sowohl die Kommune als auch unsere Bürgerinnen und Bürger sind nicht bereit, weitere Eingriffe in unsere Heimat hinzunehmen.

Der Stadtrat der Stadt Rödental fordert deshalb: Keinen Neubau oder Ausbau von Leitungstrassen innerhalb des Stadtgebiets von Rödental.

Mit einer Veröffentlichung der Stellungnahme besteht Einverständnis.